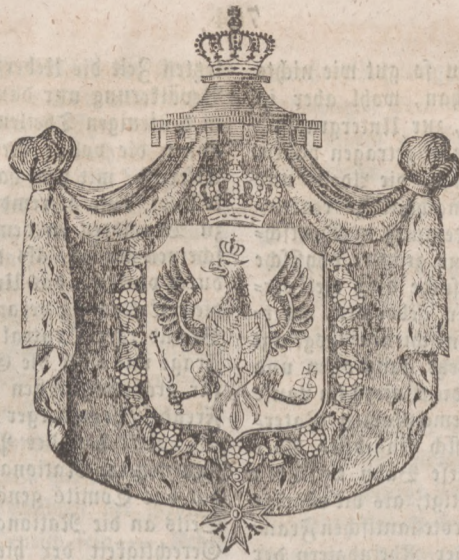




Bei =



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

**Bekanntmachung.**

Da noch immer Waffen verborgen gehalten werden, so bestimme ich hiermit, daß Jeder, der dergleichen versteckte Waffen in einer solchen Weise anzeigt, daß sie aufgefunden werden,

- a) für eine Büchse oder ein Doppelgewehr 1 Thlr.
- b) für ein einfaches Gewehr — = 15 Egr.
- c) für einen Säbel oder Pistole . . . — = 5 „
- d) für eine Sense . . . . . — = 1 „

erhält.

Dieser Betrag kann von den betreffenden Truppentheilen, welche die Waffen auf Grund der gemachten Anzeige in Empfang nehmen, sogleich gezahlt und mit diesem meinem Erlasse belegt, extraordinair zur Liquidation gebracht werden.

Denjenigen Personen, welche schon vor Erscheinen dieser Bekanntmachung in dem hier ausgesprochenen Sinne versteckte Waffen angezeigt haben, kann die angewiesene Belohnung nachträglich ausgezahlt werden.

Posen, den 5. Juni 1848.

Der Königliche Commissarius, General der Infanterie v. Psuel.

Heute ging mir durch die Post ein Gesuch in polnischer Sprache mit dem Postzeichen Krotoschin den 4. Juni c. zu, dessen Inhalt zu beachtenswerth ist, um es der Deffentlichkeit vorzuenthalten. Ich übergebe es daher sämmtlichen Einwohnern der Provinz zur eigenen Betrachtung in nachstehender Uebersetzung: „Mit Bezug auf den außerordentlichen Anzeiger No. 20. zum Amtsblatt vom 16. Mai c. erklären wir hiermit ganz gehorsamt, den Deutschen und Juden ist es bekannt, daß wir hier und in der Umgegend ansässigen Landleute Sr. Majestät unserem geliebten Könige und dessen Behörden treu sind.“

Unsere Gemeinden haben sowohl früher als auch jetzt an keine Bewaffnung gedacht; wir verbleiben bei unseren treuen Gesinnungen. Die Sensenmänner, welche aus unseren Gemeinden theilhaftig sind, wurden mit strenger Strafe vom National-Comité in Borek, welches sich auch National-Stub nannte, bedroht. Zu diesem Comité gehörten der Geistliche Lasewski, die Herren Smydekowski, Rychlowski, Wierzbicki, Stablewski, Karpiński, Zychliński, Greve; die Bürger aus Borek: Schullehrer Urbanowski, ferner Grymowski, Domagalowski, Szymanski, Bürgermeister Werner, Konopinski, Paternowski, Boguslawski.

Tag und Nacht hatten wir vom Comité keine Ruhe, es wiegelte das Volk auf, drohte mit dem Tode dem Ungehorsamen, und nöthigte uns zum Tragen der Sense, zum Gestellen von Mannschaften, und Lieferung von Getraide.

Der Bürgermeister und Commissarius aus Borek machte den Reservisten und Landwehrleuten bekannt, daß sie sich zum Polnischen Militair stellen müssen. Als der Polnische Adler angehängt wurde, ist uns erklärt worden, daß es keinen König gebe, und wurden wir durch den Geistlichen Lasewski zur Eidesleistung auf den Polnischen Adler gezwungen.

Die hiesige Geistlichkeit und das National-Comité führte das Regiment, und wir hatten von Seiten der Preussischen Behörden keine Hülfe.

Noch jetzt werden wir vom Comité zu Borek und von dem Geistlichen Lasewski aufgefordert nach Breslau zu gehen, dort selbst den König von Polen oder die Republik zu proklamiren.

Wir wollen aber unserem geliebten Könige treu bleiben, dies von Neuem mit dem Eide bekräftigen, und ist es unser Wunsch nur Preußen anzugehören, dem wir treu bleiben wollen.

Die Sensen, welche uns vom Comité zu Borek abgefordert wurden, sind demselben abgegeben. In welcher Stadt die Sensen und andere Vorräthe aufbewahrt sind, wissen wir nicht.

Wir bitten ganz unterthänigst uns zu den Uebelgefinnten und Verbrechern nicht zu zählen, und wenn das Comité und die Gehülfen, welche oben bezeichnet sind, arretirt werden, alsdann wird sich Mehreres herausstellen. Wir berufen uns auf die Deutschen und Juden in Jaraczewo, Koźmin und Borek, und hoffen, daß sich unsere gerechte Handlungsweise herausstellen wird.

Ev. Excellenz Gehorsamste,  
die Bewohner der Landgemeinden in der Umgegend von Jaraczewo, Koźmin und Borek.

Posen, den 7. Juni 1848.

Der Königliche Commissarius, General der Infanterie v. Psuel.

**Inland.**

Posen, den 6. Juni. Schon vor Jahren ist für und wider Preußens Hegemonie über Deutschland gestritten worden. Der Ausdruck und das Wesen

dieses Begriffs paßte allenfalls für jene Zeit, wo die deutsche Bundesversammlung alles Ansehens beim Auslande entbehrte, nach Innen fast nur eine politische Thätigkeit entwickelte, und alle Parteien darin einverstanden waren, daß der aus 38 Gliedern bestehende deutsche Bund der ersten Weltbewegung nicht anders widersehen könnte, als wenn, wie im alten Griechenland, einer der Hauptstaaten die Hegemonie, d. h. die Vorstandschaft und Oberleitung der deutschen Bundesstaaten an sich brächte, und diese im Wege der Güte oder der Gewalt zu einträchtigem und gemeinsamem Handeln mit ihm gegen den äußern Feind vereinigte. Im heftigsten erhoben damals die bairischen Blätter sich gegen die Voraussetzung einer preussischen Hegemonie, nicht weil in der That die preussische Regierung diesen Gedanken hegte — eine so kühne, so großartige Idee war dem theils patriarchalischen, theils romantisch-mittelalterlichen Gefühls- und Gedankenkreise unserer Machthaber ganz fremd —, auch nicht, weil namhafte preussische Publicisten nach dieser Seite die Eifersucht der übrigen deutschen Staaten erregt hatten, — dazu waren die bei dem Gouvernement beliebten Publicisten zu vorsichtig, und die mißbeliebten zu patriotisch — nein, die Wuth, mit der die Altbairern die vermeinte preussische Hegemonie angriffen, hatte ihren Grund in dem Bewußtsein, welches, mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs, alle deutschen Stämme erfüllte, daß Deutschland mit Preußen stehe und falle, daß, wie das konstitutionelle Staatswesen Deutschlands ohne Preußens volle und unbedingte Theilnahme, niemals zu gesundem Leben erstarken könne, so nur unter Preußens durchgreifender Oberleitung Deutschlands Territorialbestand gegen einen Angriff von Westen oder Osten zu wahren sei. Haben damals preussische Publicisten darzuthun sich bemüht, daß Preußens Macht in seiner antikonstitutionellen Staatsform beruhe, und daß es gestützt auf sein intelligentes Beamtenthum und acht deutsches Heerwesen, sich selbst genug sei, um schlimmsten Falls auch ohne Deutschlands Hülfe als europäische Großmacht allen Stürmen Stand zu halten, so war dies doch gewiß nicht die Ueberzeugung des preussischen Volks. Dessen edelste Söhne hatten vielmehr schon seit vielen Jahren, soweit es die Censur erlaubte, ihren Schmerz über das bornirte und eben dadurch undeutsche Preußenthum verlaublich, bis auf dem Vereinigten Landtage im vorigen Jahre die gewaltsam zurückgedrängte Sehnsucht unseres Volks nach inniger Verbindung mit dem übrigen Deutschland in vielen Reden der geachtetsten Abgeordneten einen begeisterten und begeisternden Ausdruck fand, und vor wenigen Monden der Sturm, der von Westen her die Grundfesten unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens erschütterte, auch in den befangensten preussischen Köpfen die Ueberzeugung hervorrief, daß Preußen ohne Deutschlands vollen und unbedingten Beistand der äußersten Gefahr preisgegeben sein würde. Und dieses Anerkenntniß der beiderseitigen Ohnmacht in der Getrenntheit, dieses Gefühl der Abhängigkeit Preußens vom übrigen Deutschland und Deutschlands von Preußen muß und wird auch in Frankfurt die treibende Kraft werden, um zuvörderst die Sondergelüste derer, die auch ohne Preußen sich stark genug zu sein dünken, zu dämpfen, und dann die Gedanken aller für eine Reichsverfassung zu einigen, die höhere Bürgschaften bietet, als die bloße Hegemonie des einen oder des andern Staats. Ueberall, wo die Hegemonie in der Geschichte aufgetreten, ist sie bald aus einer Bundesleitung in eine erst drückende, dann erdrückende Gewaltherrschaft ausgeartet, und möchte sie immerhin vor unserer neuesten Revolution das einzige Rettungsmittel Deutschlands im Fall eines französischen oder russischen Angriffskrieges gewesen sein, jetzt gilt es, nicht bloß die Grenzen des gemeinsamen Vaterlandes zu hüten und zu wahren, und dadurch einem Erfordernisse, welches seinem Wesen nach immer nur ein vorübergehendes, kein dauerndes ist, zu genügen, jetzt ist die unendlich wichtigere Aufgabe des Frankfurter National-Parlaments, Deutschland für die Zeit des Friedens in seinem Innern stark zu machen, und alle seine ideellen und materiellen Volkskräfte zu beleben und zu entwickeln, nach Außen hin ihm die Achtung einer europäischen Hauptmacht und die freieste Entfaltung seines Einflusses und seiner Thatkraft in allen Gebieten und Richtungen der Politik, des Handels, der Industrie, des ganzen Weltverkehrs dauernd zu sichern. Baierns Regierung meint, dieses Ziel könne durch eine bloße Einigung der deutschen Bundesstaaten erreicht werden, und protestirt gegen die Einheit, welche der Entwurf der siebzehn Vertrauensmänner durch eine konstitutionell-monarchische Reichsverfassung dem deutschen Staatenbunde, der dann, nach Servinus' Rath richtiger Bundesreich, als Bundesstaat heißen würde, als wesentlichste Bedingung innerer und äußerer Kräftigkeit zu geben trachtet. Und wie die bairische Regierung jene Einigung Deutschlands versteht, darüber giebt uns die neueste Kriegsministerialordre, betreffend die Verehrung des „Hochwürdigsten“ Seitens des Militairs, auch das protestantische miteingeschlossen, den betrübendsten Aufschluß. Auch Hannover hat seine Bedenken gegen die beabsichtigte Einheit Deutschlands erhoben, mithin wollen zwei deutsche Könige ein starkes Reichsoberhaupt nicht, und widerstreben der einheitlichen Organisation

Deutschlands gerade diejenigen am meisten, deren Dynastien so gut wie nichts für die Ehre und die Größe des Gesamtwaterlandes gethan, wohl aber in neuester Zeit zur inneren Zerrüttung des Volksbewußtseins, zur Untergrabung des Rechtsgefühls und der Sittlichkeit der Nation das Meiste beigetragen haben. Hannovers Widerstand indessen droht keine erhebliche Gefahr, die Adels- und Schreiberherrschaft wurzelt ja in einem Prinzip, dem alle nachhaltige reaktionäre Kraft durch die innere Umwandlung der öffentlichen Meinung in Deutschland entzogen ist; Baiern dagegen ist nicht bloß durch seine größere physische Macht gefährlicher, als Hannover, es ist der Reaktionsversuche auch viel verdächtiger, weil es bis jetzt nur erst äußerlich mit den Jesuiten gebrochen, innerlich aber sich noch nicht von deren geheimen Einflüssen so entschieden losgesagt hat, daß wir vertrauen dürfen, seine Regierung werde jetzt ganz offen und ehrlich, ganz frei von der Einwirkung der finsternen Mächte, die Baiern im Laufe der Geschichte mehr als einmal zum offenen Verrath des gemeinsamen Waterlandes getrieben haben, den deutschen Einheitsbestrebungen sich hingeben. Aber die Hoffnung, daß Baiern, noch ehe es zu spät ist, in diese Bahn einlenken werde, schon jetzt aufzugeben, wäre um so weniger gerechtfertigt, als die rührige und wahrlich nicht lichtscheue Stammesart der überwiegend protestantischen Franken, ebenso die politische Gewandtheit und Entschlossenheit der Rheinbaiern der Regierung eines unvermischt deutschen Volkes schwerlich gestatten werden, aristokratischen, hierarchischen, nicht die Kräftigung, sondern die Schwächung des deutschen Bundes bezweckenden Gelüsten zu fröhnen. So bleibt Oesterreich die einzige Macht, deren Ansprüche die fürchten, die Preußens König zum Reichsoberhaupt erhoben zu sehen wünschen. Auch wir begen mit ganzer Seele diesen Wunsch, doch mit der ausdrücklichen Beschränkung, daß unser preussischer Patriotismus erforderlichen Falls es über sich gewinnen muß, zu einem allgemein-deutschen sich zu erklären, und in begeisterter Liebe für das ganze Deutschland über die geschichtlichen Schranken des preussischen Vaterlandes sich zu erheben. Wenn nun der erste entscheidende Schritt, den der deutsche Reichstag in seiner achten Sitzung durch die Annahme des Wernerschen Antrags, betreffend den Einfluß der Beschlüsse der konstituierenden National-Versammlung auf die Verfassung der einzelnen deutschen Staaten, den Geist und das Wollen des Reichstages als gerichtet auf Einheit Deutschlands, nicht auf bloße Einigung im bairischen Sinne, unzweideutig bekundet, und wenn nach unbefangener Betrachtung der Vergangenheit und alles dessen, was aus dieser, weil lebenskräftig und bildungsfähig, in das Leben der Gegenwart hinübergetragen werden muß, so wie nach gerechter Würdigung dessen, was die Gegenwart sich selber nicht versagen darf, und was sie der Zukunft schuldet, das deutsche Bundesreich statt eines Direktoriums, welches von der kleinlichsten Eifersucht, statt eines Wahloberhauptes, welches von der politischen Halbheit angewiesen wird, ein erbliches Oberhaupt erhalten muß, so mögen die Geister der Gesetzgeber in Frankfurt zwischen den Hohenzollern und den Habsburgern sich theilen, die einen für das schwarze, die andern für das schwarzgelbe Banner Partei ergreifen und zum heftigsten Kampfe entbrennen: der Sieg muß doch für Hohenzollern's Stamm sich entscheiden, denn dessen Mark ist seit dem Beginn seiner Geschichte gesund gewesen, hat eben so die innern Krankheiten, die ihn zeitweise betroffen, wie die Erschütterungen, die ihm von äußern Weltbegebenheiten gekommen, durch seine unverwundliche Lebenskraft überwunden, und darf auf eine Geschichte sich berufen, deren größte und glanzvollste Thaten aus reindeutschem Geiste geboren, alle zu Deutschlands Ehre und Erhebung vollbracht sind, auf ein Volk, das seit einem Jahrhundert mit glänzendem Erfolge in allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst sich bethätigt hat, und zu dem Vollgenusse bürgerlicher und politischer Freiheit einen reichen Schatz schöpferischer Ideen, eine bewährte Straffheit und Nützlichkeit in allen Arbeiten des Ackerbaues, des Gewerbetreibens und des Handels, ein unanfechtbares Vertrauen zu seiner Tapferkeit und seinem Wehrsystem mitbringt. Was haben die Habsburger allen diesen Vorzügen der Hohenzollern entgegen zu halten? Die Antwort auf diese Frage mag einer spätern Betrachtung vorbehalten bleiben, die mit strengster Wahrheitsliebe die labyrinthisch verschlungenen Fäden der neuesten habsburgischen Politik zu entwirren, und die bei flüchtiger Betrachtung kaum erfassbaren Zustände des österreichischen Kaiserstaats zu einer klaren Uebersicht zusammenzufassen versuchen wird.

Posen, den 6. Juni. Folgendermaßen lautet der in unserer gestrigen Leipziger Correspondenz erwähnte Brief des Bischof Dietrich an den Dr. Wuttke, Vorsteher des Ostmarkenvereins zu Leipzig:

„Vielverehrter Herr Doktor! Ich habe in Betreff Ihres Wunsches mit denen Herren Consistorialen gesprochen; sie waren jedoch in der Ansicht einig, daß ein öffentliches Hervortreten von meiner Seite, das einen indirekten Tadel über einen andern Bischof involviren und insbesondere die zahlreichen Polen in Dresden sehr verlegen würde, in keiner Weise als hinreichend motivirt erscheinen könnte. Zwar wird es von uns allen gemißbilligt, daß man zur Erreichung politischer Absichten religiöse Vorurtheile zu befördern und zu benutzen sich bemüht und auf diese Weise die Leidenschaften der verschiedenen Kirchen ohne Noth von Neuem aufstachelt; allein man fürchtet gleichwohl, ein amtliches Urtheil über diese Handlungsweise dürfte von Katholiken wie von Protestanten sehr verschieden beurtheilt werden und vielleicht eben zu dem mißbraucht werden, was dadurch abgewendet werden soll.

Indem ich u. s. w.

Dietrich, Bischof.

Dresden, den 10. Mai 1848.

\*\* Posen, den 6. Juni. Aus der Wirksamkeit des Deutschen Central-Comité's während der verflossenen Woche sind unter Andern folgende Hauptpunkte hervorzuheben. In Bezug auf die Demarkationslinie hat das Comité seine in der Schrift vom 28. v. M. entwickelten Ueberzeugungen dem Herrn Reorganisations-Kommissarius noch durch wiederholte Deputationen entwickeln lassen und es darf dieser fortdauernden Aufmerksamkeit mit beigemessen werden, daß neuerlich die Demarkationslinie endlich definitiv und mit gerechter Berücksichtigung des Verhältnisses beider Nationalitäten gezogen und veröffentlicht worden ist. In Bezug auf die Ausführung der den Polnischen Theilen zugesicherten Reorganisation hat sich das Comité in einer Meinungsverchiedenheit mit dem für die Deutsche Sache so überaus thätigen Central-Bürger-Ausschuß zu Bromberg befunden. Während dieser jede Reorganisation abweist, indem er annimmt, „daß das ganze Großherzogthum ein wesentlicher Bestandtheil von Deutschland sei und daß man nicht das Recht habe, auch nur einen der Deutschen Brüder aufzugeben“, hat das Comité aus der Geschichte der

letzten Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß Heil und Friede für die Deutsche Bevölkerung nur dann zu erwarten ist, wenn man der Polnischen Nationalität in denjenigen Theilen, wo sie überwiegt, durch Einführung nationaler Institutionen die volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Je größer der Ernst und Eifer ist, mit dem das Comité hiernach die Verwirklichung der Reorganisation erstrebt, desto befremdlicher hat demselben die von dem Central-Bürgerausschuß zu Bromberg in dem Protokoll vom 18ten Mai ausgesprochene Annahme erscheinen müssen, als dränge es um deshalb auf die Reorganisation, „um hierdurch praktisch das Unausführbare derselben darzutun.“ Das Comité ist durch diese Erklärung veranlaßt worden, sich in einem offenen Sendschreiben an den Bromberger Central-Bürgerausschuß über seine Stellung in der Polnischen Frage und über die Grundsätze seiner Thätigkeit auszusprechen und diese Schrift zur größtmöglichen Verbreitung zu bringen. Das Comité hat übrigens die Freude, Bromberger Seits die Bahn der Verständigung betreten zu sehen.

Das von der Polenpartei unermüdet und zuletzt in 2 Adressen an die Frankfurter National-Versammlung verfolgte System wissentlicher Täuschung hat das Comité genöthigt, diesem verwerflichen Treiben durch eine auch seiner Seits an die National-Versammlung gerichtete größere Adresse, in welcher die Gerechtigkeit der hiesigen Deutschen Sache dargethan und die Wünsche der Deutschen Bevölkerung ausgesprochen und begründet werden, entgegenzutreten. Auch das Stadtverordneten-Kollegium hat zu einem ähnlichen Schritt seinerseits sehr willig die Hand geboten.

Zur Verminderung des Nothstandes hat das Comité zuvörderst die Verstärkung der Staatsfonds für zweckmäßig erachtet; es hat daher an die Deutschen im Großherzogthum eine Aufforderung zur Theilnahme bei der eingeleiteten freiwilligen Staatsanleihe erlassen. Der Unterstützung-Ausschuß des Comité's hat aber den durch die letzte Insurrektion in der hiesigen Provinz so zahlreich in Noth und Elend versetzten Familien auch seine unmittelbare Hilfe zugewendet, er hat von den in Folge des erlassenen Hülfserufs eingegangenen Geldmitteln an Nothleidende in But, Wreschen, Kions, Milostaw und andern Orten bereits die Summe von mehr als 300 Rthl. zur Linderung des momentanen größten Elends vertheilt und wird mit solchen Unterstützungen nach Maßgabe der eingehenden Beiträge fortfahren.

Die Presse hat Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit sein müssen. Die fortgesetzten Schmähchriften der Gazeta polska, und einiger Deutschen Blätter, denen sich in neuester Zeit auch die Oderzeitung beigefügt hat, die Angriffe eines Deutschen Beamten, der mit Verlängnung seiner Nationalität sich dem Lügensystem und dem Jesuitismus dienstbar gemacht hat, endlich auch die von einer Partei der Berliner konstituierenden Versammlung in blinder Hingebung an mißverständene Polen-Interessen ausgesprochenen, auf falsche faktische Grundlagen gestützten Meinungen über die hiesigen Verhältnisse, insbesondere über das Verfahren bei den letzten Wahlen und der vorherigen Abgrenzung der Wahlbezirke haben zu Entgegnungen in hiesigen und andern Zeitungen genöthigt, da die Jetztzeit nur zu leicht das selbst bewußtlose Stillschweigen einem Eingeständniß gleichachtet. Zu bemerken ist hierbei, daß der Berliner Zeitungshalle der Ruhm gebühret, jedem nicht bezahlten Aufsatz, der ihr aus Deutschem Gesichtspunkte zugegangen, ihre Spalten verschlossen zu halten, und daß noch in diesem Augenblicke mehrere solcher Artikel unbeachtet in ihrem Redaktions-Bureau liegen.

+ Posen, den 7. Juni. Wir können nicht umhin, unsern Lesern wieder einmal ein Proben von der Glaubwürdigkeit der Gazeta polska vorzulegen. In No. 62. dieser Zeitung, die sich in dieser Hinsicht der Berliner Zeitungshalle als Klatschblatt würdig zur Seite stellt, lesen wir folgenden, zum Theil mit mächtig großen Lettern gedruckten Artikel: „Posen, den 4. Juni. In der letzten Sitzung des Klubs stellte ein Mitglied des hiesigen Deutschen Central-Comité's, der Schornsteinsfeger Zerpawicz, den Antrag, daß alle Deutschen, welche, sei es in ihren Werkstätten, sei es auf eine andere Weise, Polen beschäftigen, dieselben sofort entlassen sollen —! Dieser Antrag wurde seitens des Klubs mit dem größten Freudentaumel aufgenommen, in Folge dessen gleich den folgenden Tag viele hiesige Meister und andere Personen die Polen aus ihrem Dienste entlassen haben.“ — Wir kennen in Posen nur einen Klubb, nämlich den constitutionellen; in diesem müßte sich also das Factum begeben haben. Wir können nun denjenigen unserer Leser, die nicht Mitglieder des Klubs sind, (die Mitglieder des Klubs werden auch diese Klatscherei der Gazeta polska, wie so viele andere, mit verdienter Verachtung ignoriren), die Versicherung geben, daß der Klubb würdigeren Gegenstände zu verhandeln hat und Anträge der Art unstatthaft mit entschiedenem Unwillen zurückweisen würde, und daß die Gazeta polska auch hier wieder die Frechheit hat, dem Publikum eine gänzlich aus der Luft gegriffene verläumderische Lüge aufzutischen. Hr. Zerpawicz ist in der erwähnten Sitzung des Klubs gar nicht gegenwärtig gewesen, hat überhaupt, so viel uns bewußt, erst ein einziges Mal, und zwar vor länger als vier Wochen, an den Sitzungen Theil genommen. Er wird, wie man hört, den Einsender des Artikels, als welchen man den Schornsteinsfeger Mikolajewski bezeichnet, wegen böswilliger Verleumdung gerichtlich belangen.

Könnte die Gazeta polska noch tiefer sinken, als es bereits geschehen, so war es, indem sie ihre Hauptspalten mit den Mittheilungen solcher Leute füllt, die aus offenbarem Brodneid Lügen erfinden und elende Verdächtigungen gegen achtbare Bürger und ganze Gesellschaften austreuen.

\*\* Posen, den 7. Juni. Der Besitzer des Vorwerks Antonini, 1½ Meile von Posen, Hr. Roman Malinowski, erlitt in der Nacht vom 1. zum 2. Juni einen Ueberfall einer ganzen Bande gewesener Sensenmänner. Sie raubten ihm Alles, was sie mitnehmen konnten, und zertrümmerten freventlich alles übrige Mobiliar. Nur mit Mühe gelang es ihm und seiner Frau, sich vor dem Tode zu retten. Hr. M. glaubt bei den Thätern nächst Raublust Rachemotive voraussetzen zu müssen, und will den Grund der That auch darin finden, daß er nach seiner Angabe einen Deutschen, auf den zur Zeit der Plünderung in Kurze die Flinte bereits angelegt war, dadurch schützte, daß er dem vermuthlich bei dem nächtlichen Raube mitbetheiligten Thäter dieselbe mit einem Stabe in die Höhe schlug, und so den Schuß unschädlich machte.

— Die jüngst mitgetheilte Nachricht von der schaudervollen That an dem Schneidergesellen Paß im Dorfe Gölczewo bestärkt sich vollkommen auch in allen Details. Paß hatte sein Nachtlager in der unmittelbaren Nähe des Dorfs aufgeschlagen, als kurz darauf das Feuer losbrach. Er lag im tiefsten Schlafe, als die Rotte in sein Haus rückte, ihn weckte, knebelte und auf die Straße führte. Noch ganz schlaftrunken wurde er dann bis in die Nähe der Brandstätte eskortirt.

tirt, war dort aber schon in einem halbtodten Zustande, bluttriefend vor Schlägen, angekommen. Auf dem Wege begegnete ihnen ein gewisser Tomaszewski, der die Mörder von der That abzuhalten suchte und an den Befizger von Gólczewo, Kamienski gesandt hatte, damit dieser persönlich oder durch seinen ältesten Sohn die Leute zurückhalte. Tomaszewski fand den Pač, die Hände auf den Rücken gebunden, barfuß, bis aufs Hemd entkleidet, der ihn flehentlich um seine Rettung bat und ihm zu Füßen sich warf. Trotz aller Mühe gelang dem Tomaszewski die Rettung nicht. Pač wurde zum Feuer geführt, das bereits im Erlöschen war, in dasselbe geworfen, und verbrannte zu Asche.

\* Posen, den 7. Juni. Wenn der jüngste Hirtenbrief des Erzbischofs v. Przyłuski unter allen gebildeten Ständen Europa's, selbst unter der bessern katholischen Geistlichkeit, die größte Indignation hervorgerufen, und andererseits den fanatischen Priestern Veranlassung gab, das katholische Volk, besonders die von Charakter guten und gemüthlichen Bauern zu einem Religionskriege aufzureizen, indem der Anschluß an den Deutschen Bund als Gefahr drohend für die katholische Religion bezeichnet wurde (insofern nämlich, wie jedem Bewohner der Provinz bekannt ist, Polnisch sein — römisch-katholisch —, und Deutsch sein — Reber oder Lutherisch — bedeutet, demnach der Ausdruck im Hirtenbriefe: „Ihr sollt Deutsch werden“ so viel heißt: man will euch eure katholische Religion nehmen, ihr sollt lutherisch werden), so dürfte es an der Zeit sein, den Verfasser dieses Hirtenbriefes an sein dem Könige, den Ministern, und den mit ihm gleichzeitig in Berlin anwesenden Deutschen Deputirten aus Posen gegebenes Ehrenwort zu erinnern, und ihm den Augenblick ins Gedächtniß zurückzurufen, in welchem er bei unserm Könige um ferneren Preussischen Schutz für seine Polnischen Nationalen stehend, zum Frieden und zur Eintracht zwischen Polen und Deutschen mahnte. Der Erzbischof v. Przyłuski hat dem Könige und den Ministern und den Deutschen Deputirten nicht nur sein Ehrenwort, sondern auch seinen Kopf für die Erhaltung der Ruhe im Großherzogthum gegen zu gewährende Konzessionen versündigt, worauf die bekannte Königl. Kabinetts-Ordre vom 24. März c. erschien; diese genügte zwar ihm selbst und den gemäßigten Polnischen Deputirten nicht vollständig, den aufgeregten Mitgliedern derselben Deputation aber keinesweges, doch hier bewies er sich als ein wahrhafter Kirchenfürst, indem er auf letztere mit allen Kräften einzuwirken und sie zu beruhigen suchte, was ihm leider nicht gelang. Es ward deshalb bei den Ministern gegen die gedachte Kabinetts-Ordre remonstrirt, worauf das Ministerial-Reskript vom 26. März c. erschien. Dadurch zufrieden gestellt verließen die Polnischen Deputirten Berlin und gingen nach Posen zurück. Warteten nun die Polen die Ausführung der Konzessionen ab? sorgte der Erzbischof seinem Worte getreu für die Erhaltung der Ruhe? keins von beiden! In Posen selbst bildete sich das bekannte National-Comité, Stefanowski an der Spitze, und reorganisirte das Großherzogthum als oberste Landesbehörde offen und ungeschont. Das Rathhaus wurde von Polnischen Bewaffneten besetzt, und die Stadtverordneten aus ihrem Sitzungssaale verdrängt; unsere Behörden durch den gewaltigen Umsturz in Berlin eingeschüchtert, ließen Alles geschehen; der Magistrat fungirte nur dem Namen nach. So folgten die Ereignisse rasch auf einander, die gepriesene Bruderliebe zwischen Polen und Deutschen verschwand, die ungehörten Uebergriffe der ersteren schüchterte die letzteren ein, und das Vertrauen auf die Macht und den Willen der Regierung war völlig erloschen. Da endlich rüttelten beherzte und wackere Männer die Deutschen aus dem Schlafe, Männer, denen allein das Erwachen des Deutschen Selbstgefühls zu danken ist, in allen Kreisen erwachte der Deutsche Geist und das Verlangen des Anschlusses an den Deutschen Bund. Dagegen nun erließ der Erzbischof v. P. uneingedenk seines gegebenen Ehrenworts, den am Eingange dieses Artikels bezeichneten Hirtenbrief, der die vollständige Anarchie hervorrief; es entstand Raub, Mord, Brand, und die rohe Masse, von der fanatischen Geistlichkeit angeregt, beging Greuel auf Greuel. Die Welt mag richten, ob ein solcher Mann noch würdig ist das Amt eines Kirchen-Oberhauptes zu bekleiden! man sagt zwar: er sei durch ein Pistol auf die Brust zum Erlaß dieses Hirtenbriefes gezwungen worden; dem sei indeß wie ihm wolle, in solchem Falle würde er ehrenvoll durch Niederlegung seines Amtes gehandelt haben. Die Deutschen Katholiken des Großherzogthums haben ihr Vertrauen zu einer nur Fanatismus und Brudermord predigenden Geistlichkeit nun für immer verloren, sie erwarten von der National-Versammlung neben der Reorganisation dieses Priester-Unwesens vorläufig die Trennung von einer Diebse, wo statt der christlichen Bruderliebe nur Haß gepredigt und Ablaß für den Brudermord im Voraus erteilt wird, sie fordern Aufhebung des Konkordats mit Rom, und Herstellung einer Kirchen-Synodal-Verfassung auf Grundlagen der Reichsgesetze im weitesten Sinne eines freien Bürgerthums, damit endlich die Finsterniß des kirchlichen Absolutismus dem Licht der wahren Gotteslehre weiche!

¶ Berlin, den 5. Juni. Der alten Erfahrung, daß in Zeiten staatlicher Umwälzung die, wenngleich der Zahl nach geringe, extremste Umsturz-Partei, und sei es nur für eine Weile, die Oberhand zu gewinnen pflegt, scheint der Entwicklungsgang unserer Verhältnisse auch Belege bieten zu wollen. Immer augenscheinlicher tritt die propagirende Gewalt der ultraradikalen Meinungen bei uns zu Tage. Nichts jedoch natürlicher in der Zeit eines großartigen Umschwungs, da wir uns noch im ersten revolutionären Lehrkursus befinden, da der Einigkeit, Entschlossenheit, Wachsamkeit und nie ruhenden Thätigkeit der Wenigen die Unerfahrenheit der großen Masse Vorschub leistet und den Locktönen einer verführerischen Schrankenlosigkeit die politische Neulingschaft eines der langjährigen Vormundschaft plötzlich enthobenen Volks wie bezaubert folgen muß. Aber die Weisen, die Besonnenen, die Erfahrenen? — sie vermögen im Augenblick dem empörten Elemente gegenüber Nichts und finden sich im Angesicht der blinden Leidenschaft machtlos. Und es gehört Muth dazu, jetzt besonnen zu sein, und

Selbstverläugnung, das Vaterland wahrhaft zu lieben. Den Abmahnungen der Bedächtigen wird von der äußersten Seite mit Hohn erwidert, ihre Rathschläge gleich einem abgestandenen Getränk mit widerwilligen Gebährben und Neben zurückgewiesen, den unschuldigsten ihrer Bestrebungen die verdächtigsten Deutungen untergelegt. Ein Theil unserer Klubs und Volksversammlungen hat sich zu hastigen Jurys konstituiert, immer fertig, ihr Verdammungsurtheil mit dem Worte reaktionair auszusprechen, das dann wie ein tausendfältiges Echo auf Straßen und im Kreise der Familie wiederhallt. Indes muß man sich an der Ueberzeugung trösten, daß je höher gespannt, je geringere Dauer die Leidenschaft sich versprechen darf, und daß der Sieg endlich diejenigen krönen muß, welche ihren unverrückbaren Leitstern in der rechten Freiheit haben, zu welcher der sogenannte Fortschritt unseres demokratischen Klubs wie die Reaktion in gleich verderblicher und gleich unhalbarer Stellung sich befinden.

Der gestrige Festzug nach dem Friedrichshain, an welchem sich auch mehrere Deputirte der Linken betheiligten, ist ganz friedlich abgelaufen. Durch Gesänge und Ansprachen wurde das Gedächtniß der Gefallenen von den sehr zahlreich Versammelten gefeiert.

P\* Berlin, den 4. Juni. Es ist doch eine wunderliche Sache mit der Abneigung, die Süddeutschland gegen Norddeutschland, und namentlich gegen Preußen hegt. In wie schönder, roher und schamloser Weise hat sich diese Abneigung erst wieder in Mainz gezeigt, sowohl durch den berüchtigten Zeitungsartikel, dann durch die danach folgenden, gegen Preußen ausgeübten Excesse. So verstehen diese Süddeutschen die Idee der Deutschen Einheit, daß sie erklären, sich von Allem, was aus Preußen kommt, „mit Ekel“ abzuwenden, bloß weil es aus Preußen kommt! So verstehen sie die Idee Deutscher Einheit, daß man in Mainz ungehöht kaum sich als Preuße bekennen kann. Da ist kein Schritt des Staates Preußen, keine Maßregel der Regierung oder irgend einer Verwaltungsbehörde, die nicht in der gehässigsten Weise beurtheilt würde. Da rühmen sie sich größerer politischer Entwicklung, und laboriren noch an Einrichtungen, Sitten, Gewohnheiten, Verwaltungsmaßregeln, wie sie in Preußen schon längst dem Reiche der Mythe angehören. Aber das ist wieder nur die Bewahrheitung des Spruchs von dem Splitter und dem Balken. So berichtet man erst heute noch aus München, daß dort die in der Stadt nicht heimischen Schuhmachergesellen, die keine Arbeit bei einem Meister haben, paarweise an den Händen geschlossen, aus der Stadt getrieben worden sind. (??) Das ist das seit 30 Jahren konstitutionelle freie politisch entwickelte Baiern, in welchem man, wahrscheinlich aus Eifer die Idee der Deutschen Einheit zu verwirklichen, noch vor wenigen Wochen erst das Bild unseres Königs freundnachbarlich verbrannt hat. In diesem freien, konstitutionellen Baiern, in diesem mit seiner Gemüthlichkeit sich so brüsten und mit dem Scheine des Rechtsstaates koquettirenden, mit vermeintlich vorgeschrittener politischer Bildung sich spreizenden Süddeutschland wird der arbeitslose Handwerksgefell wie ein Galeerensklave an seinen Genossen angelagert hinausgetrieben aus dem üppigen, prunkvollen, pallaststrotzenden München! Wie würden die Süddeutschen Blätter schreien, wenn so etwas in Preußen geschähe! Da es in München geschieht, schweigen sie. — Es ist aber vielleicht doch unrecht, ihnen einen Vorwurf daraus zu machen. Sie mögen wohl von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß für die Süddeutsche Derbheit Maßregeln noch nothwendig sind, die für Norddeutschland schon als schmachvolle Barbarei gelten würden.

P\*\* Berlin, den 5. Juni. Gestern war Berlin wieder Zeuge einer großen Demonstration. Man erschreckt aber nicht bei dem Worte. Die Demonstration war durchaus friedlicher Natur. Den vielfachen Bestrebungen wirklicher, oder wenn Sie wollen vermeintlicher, Reaktion gegenüber fühlten sich alle diejenigen, welche die Volksbewegung des 18. und 19. März als eine historisch notwendige That, als eine Revolution im eigentlichen Sinne des Wortes ansehen, gedrungen, diese ihre Ansicht laut und vor Jedermann in entscheidender, aber in friedlicher und gesetzlicher Weise kund zu thun, damit es nicht den Anschein gewinnen sollte, als ob durch die Fluth der Adressen und das wunderliche unfriedfertige Auftreten der Landwehr und derer, die dahinten stehen, ein unmännliches Verleugnen des offenen Freiheitskampfes hier Platz gegriffen habe. Als die geeignetste Form für solche Kundgebung erschien ein feierlicher Zug nach der Grabstätte der Gefallenen. An dem Zuge betheiligten sich die zahlreichen Klubs, die Bürgerwehr, die stiegenden Corps, Stadtverordneten, ferner unzählige Bewohner Berlins aus allen Ständen und Klassen, und was von besonderer Bedeutung hierbei war, eine große Anzahl von Mitgliedern der National-Versammlung. Die Zahl derselben soll 153, nach einer anderen Angabe 166 gewesen sein. Die Gesamtzahl der Theilnehmer des Zuges läßt sich sehr schwer bestimmen, einige schätzen sie auf 60,000, andere auf 80 bis 100,000. Der Zug ging von dem Gensdarmenmarkt aus, als von dem Punkte, wo die Särge der Gefallenen aufgestellt gewesen waren, und nahm denselben Weg, den der damalige Leichenzug genommen hatte. Die Ruhe war außerordentlich, auch nicht die allergeringste Unordnung irgend einer Art ist vorgekommen. Und doch war kein Gensdarm, kein Polizist zu sehen. Selbst die entschiedensten Gegner dieser Kundgebung sowohl, als der ganz neuen Richtung erkannten an, daß der Zug in seiner würdevollen Haltung einen wunderbaren Eindruck gemacht habe, daß er ein Zeugniß abgebe von dem gesetzlichen Sinne, der in der Berliner Bevölkerung vorhanden sei, nach der Ansicht der Einen, oder wiederkehre, nach Ansicht der Anderen. — Mögen endlich die Provinzen auch wieder anfangen, zu Berlin Vertrauen zu fassen. Auch in Oesterreich, wo die Stellung Wiens durchaus dieselbe ist, als die Berlins in Preußen, — fangen die Provinzen an einzusehen, was die Hauptstadt für das ganze Land gethan und gelitten, und daß es nicht weise gehandelt ist, die Erbitterung gegen die Hauptstadt absichtlich zu nähren. Das Wohl des ganzen Landes kann nur durch Eintracht gefördert werden.

Danzig, den 27. Mai. Hier taucht das alte Projekt Napoleon's wieder auf, die Ostsee durch den, nur eine Achtelmeile vom Strande gelegenen Casper

See (hinter Neufahrwasser) mit der Weichsel in Verbindung zu bringen und dadurch für die künftige Armada Deutschlands den bedeutendsten Kriegshafen der Ostsee zu bilden. Auch werden die Kosten dazu sehr billig befunden. — Einige Hundert Schritte nördlich von dem äußersten Walle der Festung Weichselmünde wurde vor wenigen Jahren ein neues, ringsum von tiefen Gräben umgebenes Fort erbaut und demselben der Name „Nöwenspitze“ beigelegt. Dieselbe ist jetzt einer Anzahl von etwa 150 Polen, die aus dem Russischen Polen den Posenern zu Hilfe kommen wollten, zum Aufenthaltorte angewiesen. Die Thore des Forts sind geschlossen und außerhalb desselben, vor den Gräben stehen Schildwachen; auf den Wällen aber erblickt man die daselbst frei umhergehenden Gefangenen, hier Widwen seltener Art.

Von der Preussischen Saale. Daß die Volksschule der Haupthebel der Volksbildung ist, wird wohl Niemand leugnen. Zum großen Nachtheile des Volkes ist dieselbe leider in ihrer Entwicklung vielfach gehemmt worden, besonders durch die Hierarchie und die Bureaucratie. Alle-unterm Ministerium Vobelschwingh-Sichhorn (unseligen Andenkens) von den Lehrern im Einverständnis mit den Gemeinden versuchten freieren Regungen wurden durch die geistlichen Zwingherren „zur Ehre Gottes“ unterdrückt und die Regierung zu Merseburg hat durch Verordnungen der letztverfloffenen Jahre den Lehrerstand nicht nur nicht gehoben, sondern immer mehr erniedrigt. So ist z. B. dem Lehrer das Recht genommen, seine Schüler für einen Tag vom Schulbesuche zu dispensiren und dies dem Pfarrer überwiesen, der in der Regel die Verhältnisse der Schule nur oberflächlich kennt. Leider ist auch unter dem neuen Ministerium noch nichts zur Beseitigung dieser Hemmnisse geschehen! Der Polizeistaat ist gestürzt, aber seine Träger leben noch. Die Kasse, welche bisher das Maß geistiger Freiheit für die Staatsbürger bestimmte, ist im Prinzip untergraben und in ihren Häuptern verdrängt, aber die Mitglieder dieser Kasse existiren noch, sie, die eigentlichen Feinde des Königthums, die von jeher die Verständigung zwischen Fürsten und Volk gehindert haben. Ehe diese Träger des Polizeistaates nicht aus ihren Aemtern entfernt werden, kann man auf keinen bessern Zustand rechnen. In dem Kollegium der Merseburger Regierung wird von den Lehrern der Schulrath Trunkler (der Schwiegersohn des ehemaligen Ministers Flottwell) als die Persönlichkeit bezeichnet, welche das wenigste Vertrauen besitzt und deshalb jetzt „unmöglich“ geworden ist. (Frank. D. P. A. Ztg.)

Hamburg, den 2. Juni. Der Marine-Congress hat sich bereits aufgelöst und einen permanenten Ausschuss ernannt. Die neue Corvette, „Cesar Godeffroy“, ist schon fertig geworden — sie nimmt eben jetzt ihre 26 Kanonen ein. Wer sie beschlügen soll, das ist noch nicht bestimmt. — Aus Altona vernimmt man eben, daß heute die ganze Bürgergarde beordert ist, um eine bedeutende Anzahl Dänischer Gefangenen in Empfang zu nehmen. Man spricht von mehreren Hunderten, die abgeschnitten worden sein sollen. Es muß ein neues Zusammenreffen Statt gefunden haben. General Wrangel soll wieder vor und in Jütland einrücken. (Köln. Ztg.)

Hannover, den 3. Juni. Aus dem neuesten Berichte des General-Lieutenants Halkett theilt die Hannover. Zeitung Folgendes mit: „Hauptquartier Hölckerup, den 1. Juni. Etwas Wichtiges hat sich heute nicht ereignet, in-  
deß dauert auf den Vorposten bei Gravenstein das Gewehrfeuer und auch Geschützfeuer mit einzelnen Unterbrechungen fort. Feindliche Kanonenböte sind durch den Ecdensund in das Mübelnoer gegangen und haben Gravenstein beschossen. Die Braunschweigische Batterie hat ihnen geantwortet. Gleichzeitig haben die Dänen von Ecdensund aus ein ziemlich heftiges Feuer eröffnet. Die feindlichen Vorposten stehen eine halbe Stunde östlich von Abüll.“

Kendsburg, den 31. Mai. Die zweite Batterie des hier im Kronwerk liegenden Artillerie-Regiments hat bei der heute abgehaltenen Löhnung beinahe Mann für Mann die Löhnung eines Tages zur Stiftung einer Deutschen Flotte gegeben. Die Offiziere und Unteroffiziere (sogar die Verheiratheten) haben ebenfalls in gleichem Verhältniß dazu beigetragen.

Kendsburg, den 2. Juni. (A. M.) Die Bundestruppen lüßten in der Affaire vom 28. Mai ein an Todten 1 Offizier, 1 Unteroffizier, 18 Mann; an Verwundeten 7 Offiziere, 10 Unteroffiziere, 132 Mann; an Vermißten 40 Mann — zusammen 209 Mann.

Flensburg, den 31. Mai. Von Gravenstein erfährt man nichts weiter, als daß das Gerücht von dem gestrigen Bombardement des Schlosses sehr übertrieben gewesen ist, daß zwar einige Bomben in der Richtung hingeworfen sind, aber keinen wesentlichen Schaden angerichtet, am wenigsten gezündet haben. Die Stimmung ist hier wieder etwas vertrauensvoller geworden, da man einsieht, daß man sich durch übertriebene Darstellungen der sundewitter Affaire vom Sonntag unnützerweise hat erschrecken lassen. Am Montag scheint daselbst so gut wie gar nichts vorgefallen zu sein.

Polen, den 30. Mai. Die Subscription für den Bau einer Deutschen Flotte, welche durch die aus dem Bürger-Verein erwählte Kommission in voriger Woche beschafft worden, hat den Ertrag von ca. 1000 Mark ergeben; außerdem liefert die Schillings-Sammlung, welche noch ferner statthaben wird, wöchentlich 30 Mark.

Frankfurt a. M., den 3. Juni. In der heutigen ersten Sitzung der National-Versammlung wurde unter den Anträgen der nachstehende von zehn Abgeordneten aus Schleswig-Holstein durch den Präsidenten mitgetheilt:

„Die National-Versammlung wolle erklären, daß die Schleswigsche Sache,

als eine Angelegenheit der Deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehöre, und wolle dafür Sorge tragen, daß bei dem Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Frankfurt, den 2. Juni 1848. Dahlmann, Michelsen, Claussen, Esmarck, von Neergard, Waitz, Engel, Francke, Gülich, Drayfen.“

Im Zusammenhange damit steht eine gleichfalls mitgetheilte Petition einer Deputation aus Nord-Schleswig (besonders aus dem Amte Hadersleben), daß kein Theil von Schleswig abgetreten werden solle. Beide Gegenstände wurden an den Ausschuss für völlerrechtliche Fragen gewiesen.

Ein Bericht des Wahllegitimations-Ausschusses, den Abgeordneten des Herzogthums von Limburg (von Scherpenzeel) zuzulassen und zur Theilnahme aufzufordern, die Prinzipienfrage über Limburgs staatsrechtliche Verhältnisse aber an den betreffenden Ausschuss zu verweisen, wird zum Druck gewiesen. Auf den einstimmigen Antrag des Prioritäts-Ausschusses wurde nach dem Vorschlage Simon's von Trier beschlossen, zur Prüfung der schon vorliegenden und noch einlangenden Anträge auf Bestellung eines provisorischen Vollziehungsausschusses einen Ausschuss von 15 Mitgliedern durch die Abtheilungen zu wählen. Auf weiteren Bericht des Prioritäts-Ausschusses wurde beschlossen, daß der Prioritäts-Ausschuss auch nach der neuen Geschäfts-Ordnung fortbestehen solle und zugleich als Petitions-Ausschuss zu fungiren habe.

Löpliz, den 31. Mai. Die Wiener Ereignisse vom 26. Mai haben hier einen erschütternden Eindruck gemacht. Ungerecht ist aber die Erbitterung gegen die Oesterreichischen Grafen Hoyos, Colloredo, Dietrichstein, die man als Veranlassung der Entfernung der Kaiserl. Familie bezeichnet, während doch der Böhmisches Graf Kazanski im Prager National-Comité öffentlich sich rühmte, daß er die Abreise des Kaisers bewirkt habe. Graf Kazanski, bisher Hofrath der Wiener Hofkammer, ansgezeichnet nur als einer der bornirtesten Aristokratena und als dienstwilligstes Werkzeug des gestürzten Absolutismus, hatte alsbald nicht nur den Mantel eines Liberalen umgehängt, sondern auch bei seinem Erscheinen in Prag die Gzechenmütze der Swornost aufgesetzt, um sich so zeitgemäß für die neue Stellung auszustatten, die er als Quasi-Minister des zum Statthalter von Böhmen ernannten Erzherzogs Franz Joseph einnehmen wird. Eingestandener Maßen war er der Meinung, daß der Monarch nach Prag sich begeben würde — Beweis genug, daß die Werkzeuge der Gzechen-Partei in Wien die Abreise des Monarchen bewirkten, um selbe für ihre Zwecke auszubenten. — Gestern von Prag angekommene Reisende brachten uns außer der Nachricht von der Errichtung einer provisorischen Regierung auch die andere, daß auf Antrag zweier Renegaten des Deutschen Adels, des Grafen Jos. Matthias Thun und Barons Neuberger, eine Deputation der Gzechen nach Paris abgesendet werden solle, um von der dortigen Regierung den Schutz und die Gewährleistung ihrer Nationalität zu erbitten. Das sind dieselben Männer, welche die Wahlen nach Frankfurt als Landesverrath erklärten, weil dadurch die Souverainetät und Integrität des Oesterreichischen Kaiserstaates gefährdet werden könnte! (Köln. Ztg.)

## A u s l a n d.

### F r a n k r e i c h.

Paris, den 3. Juni. In der gestrigen Sitzung der National-Versammlung las der Vice-Präsident Senard der Versammlung einen Brief von Barbès aus Vincennes vor. In diesem Briefe schreibt Barbès, daß die Phrase rücksichtlich des Petitionsrechts, die man Louis Blanc zur Last lege, von ihm (Barbès) ausgesprochen worden sei, wofür er sich auf den „Moniteur“ berufe (Sensation). Nach dieser Erklärung, welche das Zeugniß einiger Deputirten in ein sehr schiefes Licht stellt, entwickelte Bertholon die Proposition rücksichtlich der Einverleibung Algeriens mit Frankreich. Sie bringt auf völlige politische Gleichstellung der Kolonie mit dem Mutterlande, Ueberweisung des Antrags an den Verfassungsausschuss, damit diese Gleichheits-Erklärung in die neue Verfassung aufgenommen werde. Loiset lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die häufigen Unglücksfälle der Arbeiter in Fabriken, Maschinen-Anstalten, Minen, Hochöfen u. s. w., in welchen Fällen er das gesammte Vaterland zu Jahres-Unterstützung für die Verunglückten und ihre Angehörigen verpflichten möchte. An die Abtheilung gewiesen. Hierauf bestieg Jules Favre die Rednerbühne, um im Namen der Achtzehner-Kommission Bericht abzustatten, ob Louis Blanc den Gerichten überliefert werden dürfe oder nicht. (Tiefe Stille). „Die Befreiung eines Volksvertreters,“ erklärt er nach kurzer Einleitung, „von jeder gerichtlichen Verfolgung ist durch kein Gesetz unbedingt ausgesprochen. Nachdem sich daher die Kommission jedes politischen Parteigefühls enthalten, nachdem sie ferner untersucht hat, daß die Staatsanwaltschaft nicht in blinder Leidenschaft den Antrag gegen ihren Kollegen gestellt hat, sondern in den Grenzen ihres Amtes geblieben ist, schlägt sie ihren folgenden Beschluß vor: „Die National-Versammlung ermächtigt die vom General-Prokurator und Prokurator der Republik nachgesuchte Verfolgung gegen den Bürger Louis Blanc, Repräsentanten.“ Dieser Beschluß, bemerkt der Redner, sei von 15 gegen 3 Mitglieder des Prüfungsausschusses gefaßt worden. Derselbe erkläre durch sein Organ ferner, daß er in eine Erörterung der Entscheidungsgründe nicht eingehe. Carabit: Dieser Bericht solle gedruckt und vertheilt werden, um morgen diskutiert werden zu können.

(Mit zwei Beilagen.)

Favre: „Der Ausschuss widersteht sich diesem Antrage nicht.“ (Zahlreiche Stimmen: Auf Montag!) von Mornay: „Ueberlassen wir es unserem Kollegen Louis Blanc, selbst den Tag zu bestimmen.“ Louis Blanc besteigt die Tribüne. Tiefe Stille im Saale: „Bürger Repräsentanten! Als Repräsentant glaube ich (im Schoße der Kommission) gegen ein System protestiren zu müssen, das ich für verderblich halte. Als Mensch glaube ich mich dessen enthalten zu müssen.“ (Sensation.) De George schlug den möglichst entfernten Termin zur Diskussion vor. Ein Mitglied der Rechten hielt dies für überflüssig, indem sich der Prüfungs-Ausschuss hinlänglich unterrichtet habe. Die Versammlung bestimmte die Diskussion des Ausschuss-Beschlusses auf morgen. Diesem Stimmenthatscheid folgte eine große Aufregung. Die Sitzung blieb eine Weile unterbrochen. Louis Blanc, umgeben von vier oder fünf seiner Kollegen, verläßt den Sitzungssaal. Nach dieser Pause schritt die Versammlung zur Verathung der Pleignardschen Proposition rücksichtlich des Modus über die Verfassung-Entwurfs-Diskussion, die, ihr zufolge, vorher in den Abtheilungen und dann erst auf öffentlicher Tribüne stattfinden soll.

— Wegen Unpäßlichkeit Lamartine's nahm Francois Arago aus den Händen des Fürsten von Ligne dessen Beglaubigungs-Schreiben. Bei dieser Gelegenheit sprach der Belgische Botschafter folgende Worte: „Die Instruktionen meiner Regierung schreiben mir vor, alle Mittel aufzusuchen, um die Bande guter Nachbarschaft und fester Freundschaft zwischen Belgien und Frankreich zu erhalten und enger zu schließen. Die Beziehungen, die seit lange mein Land mit der mächtigen Französischen Nation verbinden, werden durch gegenseitige Interessen und Sympathieen befestigt. Belgien hat 1830 mit seinem Blute seine Nationalität wiedererobert. Seit 18 Jahren lebt es glücklich unter seinem neuen Geschick, im Schutze seiner politischen Neutralität und der umfassendsten und edelsten Freiheiten. Es war ihm vorbehalten, der Französischen Republik ein lebhaftes Zeugniß des guten Einvernehmens zu geben, welches zwischen beiden Nationen und Regierungen herrschen zu sehen sein lebhaftester Wunsch ist. Ich bin glücklich, das Organ der Wünsche Belgiens für die Wohlfahrt und den Ruhm des Französischen Volks zu sein.“ Herr Arago drückte in seiner Antwort die lebhaftesten Wünsche für die Ruhe, Unabhängigkeit und Wohlfahrt Belgiens aus. Er sprach die Hoffnung aus, daß die geringen Störungen, die in Folge bedauerlicher Vorgänge sich erhoben, denen die Französische Regierung ganz fremd gewesen sei, ohne irgend eine Spur verschwinden würden, da jetzt offizielle Beziehungen zwischen beiden Ländern beständen. Der Fürst von Ligne wird noch einige Wochen als Botschafter zu Paris bleiben, dann wird Belgien nur durch einen bevollmächtigten Minister hier vertreten werden.

— Das Finanz-Comité der National-Versammlung und seine Unter-Comités halten täglich lange Sitzungen. Man glaubt, daß das Comité seinen Bericht wegen der Schatzbons und der Sparbanken heute werde vorlegen können. Das Comité, welches vorgestern den Finanz-Minister hörte, will der Versammlung vorschlagen, feierlich zu erklären, daß der Staat unverzüglich seine Zahlungen wieder aufzunehmen und alle seine Verpflichtungen zu erfüllen beabsichtige. Es wird ein Dekret vorschlagen, welches die Umwandlung der 256 Millionen Schatzbons in fünfprozentige Renten zum Tages-Course bezweckt. Auch den Einlegern in die Spartassen soll freistehen, denjenigen Theil ihrer Einlagen, welcher in Schatzbons und fünfprozentigen Renten al pari ausbezahlt werden sollte, in fünfprozentige Renten zum Tages-Course umzuwandeln. Das mit der Prüfung des Dekret-Entwurfs wegen der Eisenbahnen beauftragte Unter-Comité soll einmütig auf Verwerfung des Regierungsplanes antragen wollen, weil derselbe die dem Eigenthum und den bestehenden Kontrakten schuldige Achtung verlege. Das Rechnungs-Comité hat entschieden, daß der Präsident der National-Versammlung monatlich 4000 und jeder Quästor monatlich 500 Fr. als Gehalt beziehen soll, die täglichen Diäten von 25 Fr. ungerechnet.

— Cassidière erklärt, daß er in einer Broschüre alle wünschenswerthen Aufschlüsse geben werde, die das Publikum befriedigen würden. Uebrigens behauptet er, am 13. Mai keinen Befehl erhalten zu haben, sich in die Exekutiv-Kommission zu begeben; denn hätte er ihn erhalten, so würde er seinen General-Sekretair hingesandt haben, da er nicht hätte dahin gehen können. Auch hätte er am 15. die Regierungs-Kommission, den Präsidenten der National-Versammlung und den General Courtais von der Lage der Dinge in Kenntniß gesetzt.

— Als Kandidaten für die Präsidentschaft der National-Versammlung werden für den nächsten Monat die Herren Sénard, Marrast und Dornès genannt.

— Aus der Festung Vincennes sind 200,000 Patronen nach der Militärschule gebracht und den Behörden zur Verfügung gestellt worden. Die Regierung hat entschieden, daß Vincennes fortan das einzige Depot sein soll, aus welchem Munition verabsolgt werden kann. Die Forts werden durch Infanterie besetzt, und die Kasematten, bisher mit Artillerie-Vorräthen angefüllt, macht man jetzt leer, damit sie die in wenigen Tagen erwarteten neuen Regimenter aufnehmen können.

#### Großbritannien und Irland.

London, den 31. Mai. Große Theilnahme findet hier der Tod des Lords Burgherfsh, ältesten Sohnes des Grafen von Westmorland, Gesandten Ihrer Majestät an dem Hofe zu Berlin. Er starb hier am 29. Mai in dem Alter von 30 Jahren.

— Admiral Napier geht ins Mittelmeer.

— Heute, morgen und übermorgen findet in der Reitbahn bei Hydepark der

Bazar zu Gunsten des Deutschen Krankenhauses statt. Unter den vornehmen Damen, welche hier die Waaren feilbieten, sind nicht weniger, als sechs Herzoginnen.

London, den 1. Juni. Gestern hielt das Kabinet im auswärtigen Amte eine mehrstündige Verathung.

— Die Times melden aus Madrid, daß dort am 24ten ein Engländer, der Oberst Bristowe, ins Gefängniß geworfen worden ist, ohne Angabe der Ursache. Alle Versuche des Herrn Otway, der nach der Abreise Sir H. Bulwer's das Englische Interesse vertritt, waren noch am folgenden Tage vergebens. Der Oberst hält sich seit fünf Jahren in Madrid auf, um eine Schuld von 500 Pfd. St. von der Regierung einzutreiben. Ein Brief, den er an den Finanz-Minister, vielleicht zu dringlich, geschrieben, wird als die Ursache seiner Verhaftung angegeben. Er ward nach 36 Stunden, von zwei Polizeidienern begleitet, aus Madrid geschafft.

— Der Bazar für das Deutsche Krankenhaus ist äußerst glänzend ausgefallen. In der „Königlichen Bude“ waren die Stickereien, welche die königliche Familie von England und die Deutschen Fürstinnen beigetragen. Ihre Majestät die Königin von Württemberg hat einen sehr schönen Teppich eingesandt. „Die Stickereien und die Nadel-Kunstwerke“, sagt die Times, „welche die Damen aus allen Theilen Deutschlands geschickt haben, können gar nicht genug gepriesen werden; sie waren in ihrer Art unvergleichlich, und besonders zog ein prachtvoller Teppich, welchen die Damen von Köln angefertigt haben, die allgemeine Bewunderung auf sich.“

— Die Nachrichten aus Australien über die dortige Nachfrage nach Arbeit bestätigen sich von allen Seiten. Herr Baghorn sagt in einer eben erscheinenden Flugchrift über Auswanderung nach Australien, daß dort auf 180,000 Anstiedler nicht weniger als 2 Millionen Häupter Rindvieh und 8 Millionen Schafe kämen, die Nahrungsmittel verdürben, weil nicht Mäuler genug vorhanden, das Korn, weil keine Schnitter, die Wolle, weil keine Scheerer dort wären. Die Regierung in Adelaide hat eine Bekanntmachung ergehen lassen, wonach Jedem, welcher achtzig Englische Morgen Landes ankauft, freie Ueberfahrt für drei von ihm zu nennende erwachsene Personen oder sechs Kinder unter 14 Jahren gewährt werden soll.

Während der Globe — der sonst wohl auch den Polnischen Insurgenten gelegentlich den Text liest und die von Preußen gegen die Polen befolgte Politik billigt — neulich den Brief einer leichtgläubigen Dame mittheilte, worin die Sensenmänner als wahrhafte Engel, die Preußen und mit ihnen die Juden als herzlose Teufel geschildert werden, erlauben sich jetzt die Times, auch die Rehrseite dieses Gemäldes aufzurollen und ihren Lesern die Mordnacht von Buk in ihren einzelnen Scenen vor Augen zu stellen. Man muß dieser Zeitung unter allen Umständen die Ehre lassen, daß sie in vielen Fällen den Muth der Wahrheit und jene Unererschrockenheit des Charakters besitzt, welche sich durch gewisse Lieblingsvorstellungen der Zeit nicht beirren und beugen läßt. Die Kraßrednerei ist in dieser Zeitung heimisch, nicht die Schöndrednerei. Man darf sich nicht verhehlen, daß diese einflußreiche Zeitung auch uns Deutschen manche beherzigenswerthe Wahrheit, wenn auch in übertriebener und oft grober Form gesagt hat, wobei sie freilich für das innere Gesecht der Ereignisse, für den geschichtlichen Geist, der sich in ihnen ausdrückt, wie für die letzten Gründe, warum die Dinge so bei uns sind und nicht anders sein können, auch nicht das entfernteste Verständniß zeigt. Sie ist ein bloßer Schulmeister, aber kein Philosoph; sie begreift nicht einmal, daß, wo eine Revolution alle Verhältnisse von unterst zu oberst umgekehrt hat, auch ein Stück Anarchie mit in den Kauf genommen werden muß; sie will lieber den Despotismus mit mechanischer Ruhe, wie in Rußland, als die Freiheit mit geistiger Unruhe, wie in Deutschland; sie will, daß es in der Welt ordentlich zugehe, wie in einem Komptoir; sie betrachtet England als den großen Kaufmann, welcher alle Völker als seine Kommiss und Ladendiener rauh und zurechtweisend behandeln darf. Wenn nun aber nicht sehr viel Muth dazu erforderlich ist, Deutschland in einem schönen Tone zu behandeln, da die Deutschen nicht zu den Gegenständen des fashionablen Londoner Enthusiasmus gehören, so ist dieser moralische Muth erforderlich, wo es gilt, den Polenfreunden und Polenfreundinnen unter der hohen Englischen Aristokratie einige jener Wahrheiten zu sagen, die geeignet sind, ihre Schwärmereien wenigstens auf ein billiges Maß zurückzuführen. Dies thun die Times, indem sie den grausenhaften Bildern der Vesper von Buk die Phantastik entgegenstellen, die ein Verein von Damen, welche der höchsten fashionablen Gesellschaft angehören, auf einem zu Ehren und zur Unterstützung der Polen zu veranstaltenden Ball halten will. Das Programm der tanzlustigen Damen spricht von „Weißen Adlerquadrillen, Lanzenquadrillen, Eichenblätterquadrillen“ und von andern Tanzungeheuern, welche die fashionable Phantastie dieser Damen ausgeklügelt hat. Unter Anderm wird die Gemahlin Palmerstons Vortänzerin bei der „Lanzenquadrille“ sein. Die Times fragen: „warum nicht lieber eine Majarka, um den Mord jenes unglücklichen jungen Weibes zu verherrlichen, welches in Breschen elend nach tagelangen Leiden starb, nachdem sie stündlich Gebete zu Gott emporgeschickt hatte, daß er sie von ihren jammervollen Leiden erlösen möge?“ Aber auch abgesehen von den Gräueln, welche die Polnischen Sensenmänner in Buk, Breschen und andern Orten begingen, ist die Zeit viel zu tragisch, die Angelegenheit der Polen selbst viel zu ernst, um solche fashionable Phantastieballen zu rechtfertigen, die einer hoffentlich bald und für immer untergegangenen Zeit des nachgeächten Rokoco angehören. (Servinus-Zeitung.)

S c h w e i z

**Glarus.** (Gidg. 3tg.) Der dreifache Landrath hat das **Botum** unserer Tagsatzungsgefandtschaft, die zuletzt dem **Zweikammer-System** beistimmte, ratifizirt. An der Landsgemeinde wurde der Antrag, durch welchen es künftighin verboten ist, Jesuiten-Zöglinge anzustellen, trotz allem Widerstreben einiger Katholiken, beinahe einstimmig angenommen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Weschen den 4. Juni. Nachstehende Adresse liegt in allen Kreisen, in welchen die Reorganisation stattfinden soll, zur Unterzeichnung aus:

Hohe National-Versammlung!

Mit dem tiefsten Bedauern haben die Unterzeichneten aus dem einer hohen Versammlung vorgelegten Verfassungsgezet-Entwurf für den Preussischen Staat ersehen, daß derjenige Landestheil des Großherzogthums Posen, dem von Sr. Majestät dem Könige eine besondere nationale Reorganisation und Verfassung verheißen, von der Theilnahme an der preussischen Verfassung ausgeschlossen sein soll.

Unterm 18. März d. J. haben Sr. Majestät der König den ganzen Preussischen Staat für einen konstitutionellen erklärt und davon das Großherzogthum Posen nicht ausgeschlossen. Mit aller Ehrerbietung gegen Sr. Majestät erlauben sich die Unterzeichneten zu bezweifeln, daß die Allerhöchsten Erklärungen in den Kabinetts-Ordnern vom 24. und 26. März, so wie 26. April d. J. dem nun bestehenden Staatsrechte gemäß sind und eine rechtsverbindliche Kraft haben. Denn einseitig einer polnischen Deputation Zusicherungen zu ertheilen, wodurch eine Abänderung der bisherigen Rechtsverhältnisse der Staatsbürger vorgenommen wurde, war unzulässig und konnte nur mit Zustimmung der National-Vertretung geschehen. Der bedeutendste Theil der Einwohner deutscher Zunge ist hier von altersher ansässig, und in der festen Ueberzeugung, daß das Großherzogthum Posen nie von Preußen getrennt und eine andere Verfassung und Verwaltung als der übrige Preussische Staat haben würde, hat sich ein großer Theil von uns hier niedergelassen. Wir sind Preußen treu geblieben, und dennoch will man uns der Rechte berauben, zu dem konstitutionellen Preußen zu gehören und Theil zu nehmen an der großen Zukunft des gemeinsamen preussisch-deutschen Vaterlandes. Man will uns und unsere Nachkommen von den Berathungen der National-Versammlung in Berlin ausschließen.

Will man uns aus falscher Sympathie für einige Wenige einer fremden Nationalität opfern, während die Mehrzahl der polnischen Bewohner der Provinz Posen eine Preussische Verwaltung will, wie aus den vielen Protestationen derselben gegen die Reorganisation im polnischen Sinne hervorgeht?

Preußen hat von demjenigen Theile Polens, welchen es vor 1806 besaß, nur den vierten Theil nach den ruhmvollen Jahren von 1813 bis 1815 wieder erhalten, nur so viel, als zur innigen Verbindung seiner Provinzen Preußen und Schlessen nothwendig war.

Wir hoffen von einer hohen National-Versammlung, daß sie die Integrität des bisherigen Staatsgebiets erhalten und nicht die mögliche Abtretung auch nur einer handbreit Landes von dem Gesamtvaterlande vorbereiten wird.

Nie würde eine Französische National-Versammlung darin willigen, die nicht mit größerem Rechte erworbenen Provinzen Lothringen und Elsaß aufzugeben, wenn auch aus der Mitte der dortigen Deutschen Bevölkerung noch so laute Stimmen sich dafür erheben, niemals würde sie dieselben ausstoßen gegen den Willen der Französischen Mitbewohner.

Halten Sie das Elsaß des Ostens fest! Die Versammlung würde durch einen anderen Beschluß eine schwere Verantwortlichkeit sich auf ewige Zeiten aufbürden.

Wir leben der Hoffnung, daß man nicht den politischen Fehler begehen wird, eine fremde Verfassung anzubahnen in dem Momente, in welchem das germanische Element in kräftiger lebensvoller Entwicklung gegen Osten vordrängt und nahe daran ist, in dem abzusondernden Theile der Provinz Posen das überwiegende zu werden.

Wir wollen unseren Mitbürgern polnischer Abkunft den Mitgenuß der politischen und nationalen Rechte der neuen Verfassung nicht verkümmern, wir wollen aber keine besonderen Ausnahmegesetze, die nur ein Unrecht sind gegen Andere, für sie, und bitten deshalb eine hohe National-Versammlung dahin zu beschließen:

daß die Einwohner dieses Theiles der Provinz Posen nicht vom Preussischen Vaterlande getrennt und ihrer politischen Rechte in demselben beraubt werden.

Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache erwarten wir die Gewährung unserer Bitte und verharren

Einer hohen National-Versammlung ergebenste

Der Verein zum Protest gegen die Reorganisation des Großherzogthums Posen.

Heute morgen wurde meine liebe Frau glücklich von einem gelunden Mädchen entbunden.

Posen, den 7. Juni 1848.

Müller, Oberlehrer.

Für die Familien der verwundeten und gebliebenen Soldaten sind ferner eingegangen: 14) von Herrn S. 1 Rthlr.; 15) vom Deutschen Comité in Pinne 20 Rthlr.; 16) vom Magistrat in Prausnig 15 Sgr.; 17) vom Magistrat in Glogau 1 Rthlr. 10 Sgr.

Posen, den 7. Juni 1848.

Teglass, Corps-Auditeur.

**Bekanntmachung.**

Das Publikum wird davon benachrichtigt, daß die Geschäfte des Wollmarkts durch den bestehenden Belagerungszustand in keiner Weise eine Störung erleiden sollen; jedoch werden Gastwirthe und Privatpersonen darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Fremde sofort nach seiner Ankunft sich bei der Polizei zu melden und eine Aufenthaltskarte in Empfang zu nehmen hat, die aber keinesweges, wie vielfach geglaubt wird, nur auf 24 Stunden, sondern für die Dauer des Wollmarkts erteilt werden soll.

Posen, den 6. Juni 1848.

Königl. Kommandantur Königl. Polizei-Direktorium.  
v. Steinacker. Hirsch.

**Bekanntmachung.**

Das Abladen und Kleinmachen von Brennholz, so wie das Aufstellen von Baumaterialien und Abladen von Bauhutt, kann auf dem alten Markte während der Wollmarktszeit vom 9ten bis incl. den 14ten d. M. nicht gestattet werden.

Posen, den 6. Juni 1848.

Königl. Polizei-Direktorium.

**Bekanntmachung.**

Diejenigen Mitglieder der früheren Bürgerschwärze, welche die ihnen verabreichten Gewehre noch nicht zurückgegeben haben, werden dringend aufgefordert, solche schleunigst auf dem Rathhause abzuliefern.

Posen, den 27. Mai 1848.

Der Magistrat.

**Nothwendiger Verkauf.**

Oberlandesgericht zu Posen.

Das im Samterschen Kreise belegene adelige Rittergut Zajczkowo, nebst dem Vorwerke Poddob-

rowo, landschaftlich abgeschätzt auf 52,629 Rthlr. 10 Sgr. 5 Pf., soll

am 14ten September 1848 Vormittags um 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Taxe kann nebst dem Hypothekenscheine und den Bedingungen in unserem IV. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Alle unbekanntes Real-Prätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in dem bezeichneten Termine zu melden.

Posen, am 13. Februar 1848.

Auf die mehrfachen Anfeindungen, welche der Direktor und die Lehrer der hiesigen Königl. Luisenschule erlitten haben, finden wir unterzeichnete Eltern unserer, die gedachte Anstalt besuchenden Töchter uns veranlaßt, dem Direktor und den Lehrern unsere vollkommene Anerkennung für ihre Leistungen als Lehrer, und unseren Dank für ihre Hingebung und Vertretung der Deutschen Interessen hiermit auszusprechen.

Wir würden eine Genugthuung darin finden, wenn unser obiges Zeugniß dazu beitragen könnte, den Herrn Direktor und die Herren Lehrer der Königl. Luisenschule die Angriffe auf ihr amtliches und politisches Leben verschmerzen und vergessen machen zu lassen.

Posen, den 4. Juni 1848.

v. Vailliodz. Bandach. E. Blau. E. Bottstein. Meyer Falk. Hesse. A. Holzheimer. Heber. Jäckel. Jenike. A. Junne. M. Kaulfuß. H. Mamroth. J. Meinert. Orlovius. Eger. Sommerfeld. Stockmar. L. Vassalli. Wodtrod. L. K. Wollenberg. C. Wotschke.

Zum Besten der hinterbliebenen Wittwen und Waisen der in unserer Provinz gefallenen Soldaten und der Familien der eingezogenen Landwehrmänner,

Donnerstag, den 8. Juni, im Garten des Odeum

**Deutsches National-Liederfest.**

Anfang 6 Uhr.

Billets à 5 Sgr. ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, sind in den Buchhandlungen der Herren Heine, Mittler und Scherf und Abends an der Kasse zu haben.

Die Ordner des Liederfestes.

**Pferde-Auktion.**

Unerwartet eingetretener Hindernisse wegen, kann die am 17. d. M. zu Lands-

berg a/W. anberaumt gewesene Auktion mehrerer Königl. Gestütsperde und Füllen, an jenem Tage nicht abgehalten werden, und bleibt die Ausführung dieser Auktion einer späteren Bestimmung und Veröffentlichung vorbehalten.

Posen, den 3. Juni 1848.

Königl. Preuss. Posenisches Land-Gestüt.

**Pferde-Auktion.**

Freitag, den 9 d. M. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Wilhelmsplatz hieselbst 15 Stück Beuteperde öffentlich meistbietend verkauft werden. Für Krankheiten und Fehler, innerliche wie äußere, wird keinerlei Garantie geleistet.

Posen, den 5. Juni 1848.

Im Auftrage:

v. Treskow, Rittmeister.

Geneigte Aufträge zu Güter-Kauf- und Verkauf, so wie Pacht- und Verpachtung derselben übernimmt das

„Landwirthschaftliche Central-Bureau“ zu Bromberg, Friedrichstr. No. 65.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Dienstboten mit guten Zeugnissen das Mieths-Bureau von D. Kareski, Markt No. 82. im Kaufm. Binderischen Hause.

Preslauerstraße No. 35. ist das Parterre-Lokal, zum Handlungs-Geschäft geeignet, nebst Wohnungen zu vermieten.  
E. Kolanowski.

Den Emil Knoll ersuche ich in seinem eigenen Interesse, sobald wie möglich sich bei mir einzufinden.  
M. Reeg.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 28. Mai bis 3. Juni 1848.

Tag.	Thermometerstand		Barometer-Stand.	Wind.
	tiefster	höchster		
28 Mai	+ 7,1°	+ 12,2°	28,3 - 0,59	NW halbb.
29. "	+ 8,2°	+ 15,3°	28 - 1,0	NW. Regen
30. "	+ 9,8°	+ 16,5°	28 - 0,8	NW. heiter.
31. "	+ 12,0°	+ 18,1°	27 - 9,6	NW. heit.
1. Juni	+ 12,1°	+ 19,2°	27 - 9,5	SO. Regen
2. "	+ 11,5°	+ 14,5°	27 - 9,3	N. bewölkt.
3. "	+ 12,3°	+ 18,3°	27 - 8,6	SO. heiter

Zu der Nacht vom 3. zum 4. Gewitter.